

2.5. Wie in Westdeutschland die Macht der Imperialisten wiederhergestellt wurde

Als der zweite Weltkrieg zu Ende war, war auch in den westlichen Teilen Deutschlands die Macht der Monopol- und Bankherren sowie der Großgrundbesitzer stark erschüttert. In dieser Situation fanden sich im Ruhrgebiet, in Hessen und Bayern, ja in allen Teilen der westlichen Besatzungszonen vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen, um ähnliche demokratische Umgestaltungen wie im Osten Deutschlands zu fordern.

Der Wille der Bevölkerung Westdeutschlands nach grundlegenden demokratischen Umgestaltungen war ebenso stark wie im Osten Deutschlands. So sprachen sich drei Viertel der Wähler im Land Hessen für die Enteignung des Monopolkapitals aus.

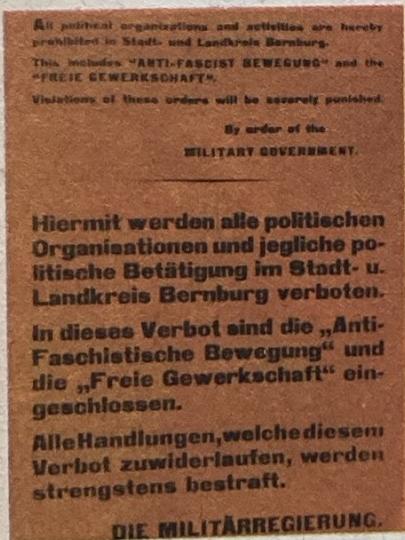
Gesetze zur Enteignung von Monopolherren und Kriegsverbrechern wurden verabschiedet, aber entgegen dem Willen der Mehrheit des Volkes nicht verwirklicht.

**Der Wille
der Werktätigen**

Forderungen von Betriebsräten des Ruhrgebietes vom November 1945

„Die Bergarbeiter wissen, daß diese deutschen Grubenbarone mit der Ruhrkohle zwei Weltkriege vorbereitet und geführt haben. Die deutschen Kohlenbarone sind Kriegsverbrecher. Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergarbeiter die Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung in Münster.“¹⁶

Verhinderung der Arbeitereinheit in den Westzonen



Auch im Stadt- und Landkreis Bernburg, wo zunächst Truppen der USA stationiert waren, unterdrückte die imperialistische Besatzungsmacht die antifaschistischen Kräfte.

In Hessen und Nordrhein-Westfalen fanden Volksabstimmungen statt, in denen sich die Mehrheit der Bevölkerung für Forderungen aussprach, wie sie im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 enthalten waren.

In Schleswig-Holstein erhielt die SPD 1946 die absolute Mehrheit im Landtag, weil sie den Bauern eine Bodenreform versprochen hatte. Im Verlaufe von vier Jahren wurden sieben Gesetze über die Bodenreform verabschiedet, aber eine Bodenreform fand nirgendwo statt, obwohl es über 800 000 Landbewerber und unüberhörbare Forderungen nach solch einer Reform wie in der sowjetischen Besatzungszone gab.

Selbst die Führung der SPD in den westlichen Besatzungszonen mußte schon 1946 eingestehen: „In Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die uns zu den heutigen Zuständen geführt haben.“¹⁷ Alte Faschisten konnten wieder unbekümmert leitende Ämter ausüben, ja, sogar Recht sprechen! So waren 60 Prozent der Richter und 76 Prozent der Staatsanwälte früher Mitglied der faschistischen Partei gewesen.

Nirgends in den westlichen Besatzungszonen wurde ernsthaft der Militarismus und Faschismus ausgerottet. Die Herrschaft des Monopolkapitals blieb unangetastet.

Warum war es möglich, den Willen der Mehrheit des Volkes so zu mißachten?

Die wichtigste Ursache bestand darin, daß es in den westlichen Besatzungszonen nicht gelang, die Einheit der Arbeiterbewegung herzustellen. Damit konnte die Arbeiterklasse ihre Ziele nicht gegen das Monopolkapital durchsetzen.

Im Gegensatz zur sowjetischen Besatzungsmacht, die das Ringen um die revolutionäre Einheit der Arbeiterbewegung unterstützte, verboten die imperialistischen Besatzungsmächte alle Bestrebungen zur Vereinigung von KPD und SPD in ihren Besatzungszonen. Es war ein erklärtes Ziel der imperialistischen Besatzungsmächte, die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse um jeden Preis zu verhindern.

Aus einem Brief der britischen Militärregierung L/K Siegburg vom 10. Mai 1946 an den Vorsitzenden der SPD in Herchen-Leuscheid

1. Es liegt nicht in der Linie der Politik der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Zone widerspricht.
2. Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung als Ziel haben, nicht zugelassen.“¹⁸

Das Ziel dieses Verbots bestand darin, die Arbeiterklasse zu schwächen, die Kraft, die einzige und allein in der Lage war, alle demokratischen Kräfte um sich zu scharen und die antifaschistisch-demokratische Entwicklung auch in den westlichen Besatzungszonen einzuleiten und zum Sieg zu führen. Die Militärregierungen in den westlichen Besatzungszonen vertraten damit die Klasseninteressen des inneren und ausländischen Monopolkapitals. Sie arbeiteten auch mit Führern der SPD zusammen, die gegen die Kommunisten hetzten und gegen die Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse auftraten.

Alle diese Kräfte hatten Angst vor einer politisch starken Arbeiterklasse, die in der Lage gewesen wäre, auch im Westen Deutschlands eine Wende in der Geschichte unseres Volkes herbeizuführen.

Das Monopolkapital strebte zunächst die Wiederherstellung seiner Herrschaft in ganz Deutschland an. Als es aber in der sowjetischen Besatzungszone vernichtend geschlagen wurde, war es bestrebt, zu retten, was noch zu retten war. Es nahm Kurs auf die Spaltung Deutschlands durch die Schaffung eines gesonderten Staates.

Diesem Plan des Monopolkapitals setzten die Arbeiterklasse und weitere fortschrittliche Kräfte einen heftigen Widerstand entgegen. Gemeinsam mit allen anderen antifaschistisch-demokratischen Kräften kämpften die SED und die KPD konsequent gegen die Spaltung Deutschlands und für eine einheitliche antifaschistisch-demokratische Republik.

Dieses Ziel konnte nicht erreicht werden. Ein einheitlicher antifaschistisch-demokratischer Staat zwischen Oder und Rhein hätte das Kräfteverhältnis im Zentrum Europas so grundlegend geändert, daß die Existenz des imperialistischen Systems in Europa ernsthaft bedroht gewesen wäre. Daher

- 1. Was erkennst du aus dem Text S. 40 unten?

Der Plan des Monopolkapitals zur Spaltung Deutschlands



Unter dem Schutz der imperialistischen Besatzungstruppen werden überall in den Westzonen und in Westberlin die lange vorher gedruckten Geldscheine für die separate Währungsreform ausgeliefert

Schritte zur Spaltung Deutschlands

Die Gründung der BRD

war der Imperialismus bestrebt, im Zentrum Europas jede Veränderung des Machtverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte mit allen erdenklichen Mitteln zu verhindern. Das war auch das Bestreben der imperialistischen Besatzungsmächte, die nunmehr in noch stärkerem Maße vorsätzlich gegen das Potsdamer Abkommen handelten.

Am 2. Dezember 1946 unterzeichneten die Außenminister der USA und Großbritanniens ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone. Damit war die sogenannte **Bi-Zone** geschaffen. Ihr wurde später die französische Zone angeschlossen, wodurch die **Tri-Zone** entstand.

Damit war der Einheit Deutschlands ein schwerer Schlag zugefügt worden. Noch gab es aber Gemeinsames, so die gemeinsame Währung. Da verkündeten am 18. Juni 1948 die westdeutschen Rundfunkstationen die Einführung einer **neuen Währung in den drei westlichen Besatzungszonen**. Damit wurde Deutschland wirtschaftlich gespalten.

Jetzt wollten die großen Monopole von Rhein und Ruhr ihren Staat haben, ihr Machtinstrument zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft.

Unter Mißachtung des Willens der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und unter Verletzung des Potsdamer Abkommens wurde im September 1949 die Spaltung Deutschlands mit der Gründung der **Bundesrepublik Deutschland (BRD)** vollendet.

Wie dieser Staat aussehen sollte, hatten die westlichen Besatzungsmächte festgelegt. Sie bestimmten auch den Inhalt der Verfassung der BRD. Im Unterschied zur Verfassung der DDR, die das Volk vor ihrer Annahme drei Jahre lang diskutierte, wurde die Verfassung der BRD ohne Mitwirkung des Volkes in Kraft gesetzt.

Wodurch die Macht der westdeutschen Imperialisten wiederhergestellt wurde

- Verhinderung der Einheit der Arbeiterklasse und Unterdrückung der demokratischen Kräfte
- Verhinderung antifaschistisch-demokratischer Reformen
- Wirtschaftliche Spaltung Deutschlands
- Gründung der BRD als Staat der westdeutschen Imperialisten

2. Erkläre, warum die BRD gegründet wurde!

Aus Furcht vor der geeinten deutschen Arbeiterklasse spalteten die Imperialisten Deutschland. Die Gründung der imperialistischen BRD erfolgte mit aktiver Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte.